



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Parnell und die irische Frage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Parnell und die irische Frage.



England oder, genauer ausgedrückt, das britische Reich ist durch die Wahlen für das neue Parlament in eine Lage gebracht, wie sie sich kritischer nicht wohl denken läßt, und der herkömmliche Parlamentarismus, die Eifersucht der beiden großen Parteien, sieht sich mit derselben vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung der Weisheit, welche die Führer dieser Parteien bisher an den Tag gelegt haben, kaum möglich sein wird. Der Parlamentarismus, das System oder der Brauch (nicht das verfassungsmäßig ausgesprochene Gesetz), nach welchem die Mehrheit der Abgeordneten des Volkes, das Unterhaus, in den Personen ihrer Führer regiert, fungirte bisher in der Weise, daß es sich im wesentlichen um die Mehrheit einer der beiden alten Parteien handelte, daß bald die Liberalen, bald die Konservativen am Ruder waren. Die Radikalen gingen als linker Flügel mit den Liberalen und teilten mit ihnen die Herrschaft, wenn diese Partei obenauf war. Die zweite neue Partei, die Irländer, war nicht stark genug, um für die oder jene Gruppe den Ausschlag zu geben. Die letzten Wahlen haben dieses Verhältnis geändert. Keine der alten Parteien wird im Unterhause die Mehrheit haben, keine also auf die Dauer regieren können, wenn Parnell mit seinem Gefolge ihr nicht an die Seite tritt, und diese Unterstützung wird mit Zugeständnissen an das Programm des Führers der irischen Brigade erkaufte werden müssen. Der Hauptgegenstand der Verhandlungen der nächsten Session des Parlaments wird die irische Frage, die Frage sein, ob und wie weit Irland von Großbritannien zu trennen ist. Hic Rhodus, hic salta, ruft die Entwicklung der Dinge dem Parlamentarismus der Engländer zu. In konstitutionellen Staaten, die den Parlamentarismus nur als Belleitüt, nicht als Thatfache kennen, hätte es nicht dahin kommen können. Sie dürfen sich Glück dazu

wünschen, und diejenigen Politiker, denen jene Belleidät Glaubenssatz ist, können sehen, wohin man unter Umständen mit ihr gerät.

Alle andern Fragen, die sich an das Ergebnis der englischen Wahlen knüpfen, sind der irischen Frage gegenüber, die jetzt drohender und rätselvoller als seit vielen Jahrzehnten ihr Haupt erhebt, ohne Bedeutung, Parteizank gegenüber einer Lebensfrage des Reiches. Gleichviel, ob die Konservativen oder die Liberalen gewonnen haben, gleichviel, ob sie aus den oder jenen Ursachen stärker oder schwächer geworden sind, die Hauptsache ist, daß die irischen Homeuler jetzt das Heft in den Händen haben. Salisburys Leute mögen sich mit Gladstones Leuten streiten, wer mehr Anspruch darauf habe, künftig die Minister zu stellen, es ist ziemlich gleichgiltig, wo Parnell thatsfächlich König sein, d. h. den Ministern seinen Willen aufzwingen wird. Die Zahl von Stimmen, über die er gebietet, giebt ihm die Obmacht im Unterhause, und er wird es, gleichviel, wer die Mitglieder des Kabinetts sind, weder in Sachen der Verwaltung noch in der Gesetzgebung zu einem Schritte nach vorwärts kommen lassen, bis seine Ansprüche in Betracht genommen und berücksichtigt worden sind. Und nicht genug damit, er wird allen seinen parlamentarischen Einfluß und alle seine taktische Geschicklichkeit darauf verwenden, daß ihm so viel als irgend möglich zugestanden wird. Daß er kein gewöhnlicher Mann und kein verächtlicher Gegner ist, hat er in den zehn Jahren seines politischen Lebens zur Genüge bewiesen, und wer daran noch zweifelte, den mußte die erfolgreiche Art und Weise davon überzeugen, mit welcher er den Ausfall der Abstimmung an den irischen Wahlurnen vorbereitete. Einerlei, ob Gladstone oder Salisbury sich schließlich mit der Lösung der irischen Frage versuchen wird, ziemlich sicher ist, daß Parnell die Leiter der britischen Politik zu den äußersten Konzessionen drängen und nur an den Schranken Halt zu machen genötigt werden wird, welche das Gefühl jedes englischen Staatsmannes von der obersten seiner Pflichten, der Aufgabe, zieht, die Stärke, die Sicherheit und die Ruhe des Reiches möglichst ungeschwächt und ungeschmälert zu erhalten.

Wo werden nun praktisch diese Schranken gezogen werden? Wo wird Gladstone, wo Salisbury zu Parnell, wenn die Verhandlungen über dessen Forderungen begonnen haben, sagen müssen: bis hierher, gut und möglich, aber nun nicht weiter? Daß der Führer der Homeuler mehr fordern wird, als ein englischer Minister gewähren darf, ist als selbstverständlich anzunehmen. Allerdings hat Parnell in der Rede, die er am 4. Oktober d. J. zu Wicklow hielt, nicht gerade ausdrücklich unbeschränkte Trennung Irlands von England verlangt, aber er lehnte in sehr bezeichnender Weise jede Verpflichtung seinerseits ab, dahin zu wirken, daß die Selbstregierung, wenn sie Irland zu Teil würde, nicht zur Herbeiführung jener Trennung benutzt werden würde. Er führte verschiedene mehr oder weniger plausible Gründe für die Ansicht an, daß ein unabhängiges irisches Parlament nicht den Versuch wagen werde, die beiden Länder

politisch auseinanderzureißen, weigerte sich aber, eine „Bürgschaft“ nach dieser Richtung hin zu übernehmen. Ist das sein Ultimatum, so wird es ohne Zweifel zurückgewiesen werden; denn ein Dubliner Parlament mit uneingeschränkter Befugnis, sofort nach seinem Zusammentritt Irland für nicht mehr zur britischen Krone gehörig zu erklären, wäre eine so ungeheuerliche Forderung, daß kein englischer Minister mit ihr vor einem Londoner Parlamente zu erscheinen wagen könnte. Wie aber steht es mit weniger schroffen und unmöglichen Ansprüchen, die Parnell erheben könnte? Wie könnten die Führer der englischen großen Parteien sich nach Maßgabe ihrer bisherigen Erklärungen in der Sache zu solchen verhalten? In seinem neuesten Manifeste schrieb Gladstone: „Die Grenze, innerhalb welcher irgendwelche Wünsche Irlands, verfassungsmäßig kundgegeben, die Zustimmung des Parlaments erhalten, und jenseits welcher sie dieselbe nicht erhalten können, ist deutlich gezogen. Die oberste Pflicht jedes Volksvertreters besteht in Erhaltung der Suprematie der Krone, der Einheit des Reiches und aller Autorität des Parlaments, die zur Wahrung dieser Einheit erforderlich ist,“ und innerhalb der Linie, welche diese Pflicht zieht, müssen sich alle etwaigen Zugeständnisse bewegen. Ähnliches sprach Gladstone in seinen neuesten Reden vor den Wählern von Midlothian aus. Salisburys wichtigste Erklärung in der Angelegenheit findet sich in der Rede, die er am 7. Oktober zu Newport hielt. Indem er seine Bereitwilligkeit, die lokale Regierung in Irland zu entwickeln, aussprach, sagte er im Namen seiner Partei: „Wir sehen die Integrität des Reiches für wichtiger an als irgendeinen Begriff, den man nennen kann, und wir würden keinerlei Vorschlag mit günstigen Augen betrachten können, welcher direkt oder indirekt das bedrohte, was Englands Stellung unter den Völkern der Welt verbürgt.“ Er besprach dann die Politik der Föderation und bemerkte, nachdem er gesagt, er wolle alles vermeiden, was die Befürworter dieser Politik im allgemeinen entmutigen könne: „Was aber Irland anlangt, so muß ich sagen, daß ich nie einen Plan oder eine Andeutung gesehen habe, wonach ich den geringsten Grund gehabt hätte, anzunehmen, wir würden in dieser Richtung eine befriedigende Lösung des irischen Problems finden.“

Diese Erklärungen von der einen wie von der andern Seite genügen nur in ihrer abstrakten Fassung, um die, welche hier oder dort eine gefährliche Neigung zur Nachgiebigkeit fürchten, zu beruhigen. Indes besteht die Gesetzgebung in der Anwendung allgemeiner, abstrakter Grundsätze auf besondere konkrete Fälle und Taten, und es fragt sich jetzt: wie wird Gladstone und wie wird Salisbury seine konservativen Grundsätze gegenüber den Forderungen der Home-ruler anwenden? Die Parlamentsmaschine wird so lange stocken, bis ein Versuch gemacht worden ist, diese Forderungen zu erfüllen, und so wird es dem Ministerium, welches vor das Parlament tritt, obliegen, demselben einen detaillirten Plan in Betreff einer lokalen Regierung in Irland vorzulegen. Ungeduldige Liberale behaupteten, da sie bei den Wahlen mehr Mandate durchgesetzt hätten

als die Konservativen, so müßten sie statt dieser jetzt die Regierung übernehmen und damit das Recht erlangen oder sich der Pflicht unterziehen, den Gesetzesentwurf einzubringen, der Parnell zur Annahme darzubieten sein wird. Es hat etwas eigentümliches, etwas fast komisches, Leute sich nebenbuhlerisch nach einem Privileg drängen zu sehen, das von so zweifelhaftem Werte ist, da die Lösung der irischen Frage auf gesetzlichem Wege ungefähr so schwierig wie die Erfindung der Quadratur des Kreises oder des Perpetuum mobile ist.

Vor kurzem las man in den Zeitungen ein Schreiben des Sohnes Gladstones über die irische Frage, in welchem der Satz vorkam: „Nichts könnte mich veranlassen, eine Trennung zu befürworten, aber wenn fünf Sechstel des irischen Volkes ein Parlament in Dublin zur Verwaltung seiner lokalen Angelegenheiten zu haben wünschen, so mögen sie es im Namen der Gerechtigkeit und Weisheit haben.“ Man schloß daraus, daß Gladstone geneigt sei, den Parnelliten weitgehende Zugeständnisse zu machen, um einen modus vivendi zwischen ihnen und den Liberalen herbeizuführen. Dann wollte der Observer wissen, daß bereits ein Meinungsaustrausch zwischen Gladstone und den Führern der Homerulei stattgefunden habe. Diese Nachricht wurde zwar in Abrede gestellt, aber ihr Inhalt war wahrscheinlich nur verfrüht, und sie ist wohl nur der Schatten, den eine Thatsache nächster Zukunft in die Gegenwart warf. Andererseits hat sich das Cabinet in den Sitzungen, die in voriger Woche die Minister versammelten, unzweifelhaft mit der Sache beschäftigt.

Als das englische Parlament dem irischen Volke ein neues Gesetz in Bezug auf die Geschwornengerichte gab, welches die Richterbank mit einer Mehrheit von Katholiken besetzen mußte, als man den Forderungen der irischen Pächter den vierten Teil des gesetzlichen Rechtes der Gutsherrn opferte, und als man das Werk mit der Ausdehnung des Wahlrechts über die große Masse krönte, betrat man einen Weg, der mit Sicherheit zu der gegenwärtigen Lage führen mußte. Man steht jetzt vor der ersten Frage: Sollen wir, nachdem so viel gewährt worden ist, um die Unzufriedenheit der Irländer zu beschwichtigen, weitergehen und ihnen alles, was sie noch verlangen, d. h. thatsächlich die Unabhängigkeit und Selbständigkeit, zugestehen?

Manche Engländer glauben eine praktische Lösung der Frage anzudeuten, wenn sie an „Grattans Parlament“ erinnern. Man muß hier annehmen, daß sie die Geschichte der achtzehn Jahre nicht kennen, wo jene Versammlung die Gewalt in den Händen hatte. Diese Geschichte ist ein Bericht über unaufhörliche Kämpfe zwischen englischen Staatsmännern und dieser immer anspruchsvoller werdenden Körperschaft mit ihren neuen Freiheiten. Die letztere war durch jede Rücksicht, welche Sicherheitsbedürfnis und Ehrgefühl geboten, an England gebunden, sie vertrat nur die Protestanten Irlands, und doch fanden fortwährend Streitigkeiten zwischen den beiden Parlamenten über Fragen des Rechtes, der Begünstigungen und der Finanzen, sowie über die höhern Staatsfragen statt, die

unter der Regentschaft zur Sprache kamen. Die unpraktische, unbehilfliche Natur der föderalen Verbindung zwischen Irland und Großbritannien war es allein oder doch vor allem, wenn Pitt und Lord Castlereagh sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, die Union mit Anwendung von allerlei Truglist und Gewaltthat herbeizuführen. Auch die Einwürfe Irlands gegen das damals herrschende System waren nicht unbegreiflich. Irland wurde in jener Zeit — 1782 bis 1800 — von Engländern regiert, die dem irischen Parlamente nicht Rechenschaft über ihre Verwaltung schuldig waren, eine Einrichtung, die, wenn man sie mit Grattans Plane wieder aufleben ließe, Parnell gewiß nicht gefallen würde. Es gab damals ferner ein irisches Oberhaus, und Parnell hat ein solches ganz ausdrücklich zurückgewiesen. In der That, jeder Versuch, das System des vorigen Jahrhunderts wieder aufzurichten, würde weder auf der einen noch auf der andern Seite des Georgskanals günstigen Blicken begegnen und dies auch nicht verdienen. Mit Recht sagte Lord Clare einige Jahre vor der Abschaffung des irischen Parlaments: „Unsre gegenwärtige Verbindung mit Großbritannien ist nicht zur Stärkung und Sicherung beider Teile, sondern zur Schwächung beider geschaffen, sie muß fortwährend nationale Unzufriedenheit und Eifersucht erzeugen, und in Irland Parteihaß und Mißregierung verewigen.“

Das „Repeal,“ welches D'Connell vierzig Jahre später verlangte, war etwas ganz anderes als die Unabhängigkeit, auf welcher Parnell jetzt besteht. Der „Befreier“ war sehr freigebig mit seiner Loyalität, während die heutige irische Partei stolz auf das Gegenteil ist. D'Connell haßte und tadelte agrarische Verbrechen, Parnell scheint sie nie gemißbilligt zu haben, wenigstens hat er nie gegen sie protestirt. Die Repealer von 1843 baten die irische Gentry, sie zu führen, die jetzigen Homeruler verwarfen die Mitglieder dieses Standes an den Wahlurnen selbst, wenn sie katholisch waren. D'Connell stieß einen Demagogen aus seinem Vereine aus, weil er einen Streik zur Verbesserung der Pachtverhältnisse vorgeschlagen hatte, Parnell macht den Widerstand gegen den Pacht zu einem wesentlichen Teile seiner Politik. Es würde nicht vorsichtig von England gewesen sein, dem Irland der vierziger Jahre auch nur solche beschränkte Rechte anzuvertrauen, wie sie in Grattans Tagen dem Lande gewährt waren, aber es gab damals wenigstens, so zu sagen, mildernde Umstände. Die Bewegung war volkstümlich, aber nicht demokratisch, aufregend, aber nicht aufrührerisch, die Königin war geliebt, und ein irisches Oberhaus würde geachtet gewesen sein. Die heutigen Gefahren sind nicht durchaus politischer Natur. Die irischen Pächter haben „Blut geleckt,“ und sie werden, nachdem sie den Pachtschilling teilweise los geworden sind, gewiß versuchen, sich seiner ganz zu entledigen. Welche Rechte auch ein irisches Parlament beanspruchen würde, ohne Zweifel würde darunter die erste Stelle die Befugnis einnehmen, die Besitzverhältnisse in Betreff von Grund und Boden neu zu regeln. Die irischen Landeigentümer

würden sicherlich von einem Parlamente, welches von der großen Masse des Volkes gewählt wäre, sehr wenig Achtung und Förderung ihrer Interessen zu hoffen haben. Es wäre aber Unrecht und Schande, wenn England jene Klasse der irischen Bevölkerung verlassen und opfern wollte. Einige sind Protestanten, einige Katholiken, alle loyal gesinnt, alle nach Familientradition Freunde Englands. Seit Jahrhunderten war es englische Politik, ihnen ausschließliche Rechte und Befugnisse zu erteilen, indem man ihnen dabei stillschweigend sagte: Haltet die Insel für uns fest, haltet die keltische und katholische Bevölkerung nieder, wir stehen hinter euch, ihr könnt nach Belieben drücken, aussaugen und plündern, um Aufstand niederzuhalten und unsre Fahne über ihnen wehen zu lassen. Sie erfüllten an ihren Teile dem schändlichen Vertrag. Allmählich siegten Gerechtigkeit, Billigkeit und menschliches Gefühl, sie verloren ihre Vorrechte eins nach dem andern, bis ihnen nichts mehr blieb als ihr gesetzliches Recht auf die Ländereien, die sie geerbt oder gekauft hatten. Jetzt wird vorgeschlagen, ihnen die Rehrseite zuzuwenden und ihnen zuzurufen: Wir brauchen euch nicht mehr, wir gedenken das Land, wo ihr sitzt, Herrn Parnell und seiner Partei zu überlassen, er soll mit ihr neue Gesetze anfertigen und über die Polizei verfügen, seht zu, daß ihr euch mit ihm vertragt, und daß ihr gute Bedingungen von ihnen erlangt. Zwei oder drei Jahrhunderte also hätte England, hätten die beiden großen Parteien, die sich um die Herrschaft in England streiten, eine Klasse der irischen Gesellschaft zur Anmaßung und Bedrückung der übrigen ermuntert und sie gleichsam als Garnison zur Niederhaltung derselben behandelt, und jetzt wollte man sie plötzlich, bloß um der einen oder der andern jener Parteien die Herrschaft in England zu sichern, verlassen und hilflos dem Volke überliefern, dessen Feindschaft sie sich auf Englands Anregung und zur Aufrechterhaltung der Obmacht Englands über Irland zugezogen haben. In der That, kein politischer Rückzug hat jemals unter solchen Umständen stattgefunden wie der, den Gladstone oder Salisbury dann mit ihrem Parlamente antreten würden.

Es giebt aber noch einen Teil Irlands, der unter einem selbständigen Parlament in Dublin bedroht sein und zu leiden haben würde. Im Norden der Insel ist der gesamte Reichtum, die gesamte Gewerthätigkeit und die gesamte Bildung gegen die Partei der Homeruler, und nur von den Tagelöhnern, welche protestantischer Unternehmungsgeist aus den Provinzen Connaught und Leinster hierher gezogen hat, wird ihnen an den Stimmurnen die Stange gehalten und häufig der Sieg entzissen. Auch sie würden praktisch geopfert werden, wenn Irland unabhängig werden sollte. Ihr Hauptfehler in der Vergangenheit bestand darin, daß sie den Haß gegen den Katholizismus bewahrten, den ihnen englische Könige und Minister einflößten, der aber jetzt hier vergessen ist. Sie waren getreue Unterthanen und gediehen unter den englischen Gesetzen. Werden sie den Mut haben, getreue Unterthanen zu bleiben, werden sie zu gedeihen fortfahren, wenn Parnells Wille ihr Gesetz wird?

Aber so arg wird es ja nicht werden müssen, wirft man ein. Man kann ja Bürgschaften gegen Willkür und Mißbrauch fordern. Dann aber muß man die Idee fahren lassen, die Homeruler zufrieden zu stellen. Ein Irland, dessen Parlament keine die erwähnten Klassen seiner Gesellschaft schädigenden Gesetze erlassen dürfte, würde nicht unabhängig sein, und Unabhängigkeit, nicht Lokalregierung ist das Ziel der Parnelliten. Man hat vorgeschlagen, Irland eine Stellung zu gewähren, wie sie die einzelnen Staaten in der nordamerikanischen Union einnehmen. Aber das entspräche dem Gedanken, der die irische Bewegung treibt, durchaus nicht. In allen Staaten Nordamerikas ist die Verfassung der Union das oberste Gesetz des Landes, und der oberste Gerichtshof kann jeden Beschluß der Gesetzgebung eines Sonderstaates sofort für null und nichtig erklären, wenn er diese Verfassung verletzt. Irland, soweit es zur Partei Parnells gehört, würde eine derartige Stellung nimmermehr annehmen. Einer von den Führern derselben hat auf das Beispiel Kanadas hingewiesen. Irland würde, wenn man sein Verhältnis zu Großbritannien wie das dieser Kolonie gestalten wollte, dem britischen Reiche nichts zu zahlen und nichts mit dessen Politik, nichts mit dessen Zollsystem zu schaffen haben. Es würde befugt sein, eine Miliz für innere Zwecke zu halten, aber keine Armee, keine Kriegsflotte und keine auswärtige Politik haben. Ein derartiges Verhältnis ist bei Kanada das Glied einer natürlichen Entwicklung und für dieses wie für England erträglich, weil jenes von diesem sechshundert Meilen entfernt liegt, weil gänzliche Unabhängigkeit eine Last wäre, welche die Kanadier nicht gern auf ihre Schultern nehmen würden, und weil mit dem Wachstum Kanadas auch dessen loyale Gesinnung gewachsen ist. Ein Irland dagegen, welches in solcher Weise von England getrennt wäre, würde Leuten, die sich der Aufstände in den letzten hundert Jahren und der Namen Wolfe Tone, Smith, O'Brien, Mitchel, Davis und Meagher erinnern, als ein klägliches Ergebnis so vieler Anstrengungen erscheinen. Die große Mehrzahl der irischen Patrioten verlangt etwas anderes als eine abgeschlossene Insel, die in der großen Politik keine Rolle spielen darf, sie will ein Irland, wie es ihre Poeten und Politiker vor Augen hatten, ein Irland mit eigenem Heer, eigener Flotte und eigener auswärtiger Politik. Das ist ihr Streben und ihre Hoffnung, und zwischen dem und der jetzigen Union mit England, Schottland und Wales giebt es für sie keinen Mittelzustand, der sie dauernd zu befriedigen vermöchte, der mehr als eine bloße Haltestelle auf dem Wege zum Ziele sein könnte. Provisorische Abmachungen wie die, welche in Kilmainham, Hawarden und sonstwo zu stande kamen, würden immer nur als Abzahlungen auf das eigentliche Gut haben angesehen werden, immer nur, und zwar je mehr dabei gewährt wäre, desto gefährlichere Ursachen zu Streit, Auslehnung und Kampf sein.

Es giebt nicht wenige Politiker, welche der Meinung sind, daß sowohl für England als für Irland eine schleunige und vollständige Trennung in jeder Hinsicht besser sein würde als eine Art Kesselflickerpolitik, deren Vorschläge,

selbst wenn sie Aussicht auf Annahme hätten, da diese Annahme doch nur mit stillem Vorbehalt und Hintergedanken erfolgen würde, lediglich zu weiterer Erbitterung, weiterer Mißstimmung und schließlichem gewaltfamen Bruche führen könnte, kein Abschluß wären. Irgendwelcher Rest von Angliederung an England würde die Irländer jederzeit klagen und gegen sich aufbäumen sehen, jederzeit mit Rebellion, Bürgerkrieg und den Kosten und Verlusten einer Wiedereroberung drohen. Ganz abgeworfen dagegen würden die Irländer, so hoffen jene Politiker, vielleicht politische Tugenden entwickeln, welche ihnen jetzt zu mangeln scheinen, wogegen sich freilich einwerfen läßt, daß von einem Staate nicht viel Gutes zu erwarten ist, von dem man mit Bestimmtheit zu fürchten hat, seine Volksvertretung werde ihre Thätigkeit mit einer Beschlagnahme von Privateigentum eröffnen. Auf alle Fälle steht England vor der Schwierigkeit, daß es, wenn es Irland das unbeschränkte Recht verleiht, sich Gesetze zu geben und die Polizei zu üben, den irischen Bauern fast anderthalb Millionen Irländer, die nicht zu Parnells Fahne geschworen haben, preisgibt und deren Verraubung und Unterdrückung zu Gunsten dieser Bauern ermöglicht, während anderseits nichts als das vollkommen unbegrenzte Recht Irlands, sich selbst seine Gesetze zu machen und sie auszuführen, die irischen Patrioten befriedigen und Parnell versöhnen kann. Die Lage ist hiernach sehr ernst. Sie ist vielleicht die bedenklichste und gefährlichste, vor die je ein englisches Parlament gestellt war, wichtiger und schwieriger als manche Kriegsgefahr, weil sie einen gordischen Knoten darstellt, der sich nicht mit dem Schwerte zerhauen läßt. Wer aber hat es dahin gebracht? Der Parlamentarismus in erster Linie. Die Nebenbuhlerschaft, der Ehrgeiz der Parteien hat das Reich vor dieses Dilemma gestellt, und ihre Vereinigung allein kann es, da die Krone in England nicht die Macht hat, hier Wandel zu schaffen, vor Zerspaltung bewahren.



## Unsere kleinste Münze.



Im Reichstage ist jüngst ein Gegenstand berührt worden, den wir hier nochmals der Aufmerksamkeit empfehlen möchten. In der Sitzung vom 5. Dezember d. J. wies der Abgeordnete v. Schalscha darauf hin, wie sehr es für unsern Kleinverkehr wünschenswert sei, daß neben den Einpfennigstücken auch  $2\frac{1}{2}$ -Pfennigstücke geprägt würden, wodurch also wieder eine Viertelteilung des Zehnpfennigstückes — des frühern Silbergroschens — möglich werden würde.